

V0321/22

Integriertes Klimaschutzkonzept Ingolstadt (IKSK)
(Referentin: Bürgermeisterin Petra Kleine)

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 24.05.2022
Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht vom 24.05.2022

Die Beschlussvorlage der Verwaltung V0321/22 und der Änderungsantrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU V0425/22 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Für Stadtrat Schäuble wären noch ein paar konkrete Zahlen vorbereitend für den Stadtrat interessant. Damit eine Hochrechnung bezüglich des Aufwands gemacht werden könne, bittet er um konkretes Zahlenmaterial im Hinblick auf die Energiekarawane. Auch die Agri Photovoltaik und die Kaltwärme, für die es eine Förderung gebe solle, müsse noch eingearbeitet werden. Auch stelle sich die Frage zum Sanierungsstand und welche Auswirkungen dies auf die laufenden Sanierungsprojekte habe.

Für die CSU-Stadtratsfraktion sei wichtig, dass man nicht ein plakatives Programm vorstelle, sondern eine Art Projektplan wie aus der Betriebswirtschaft bekannt, umsetze. Insofern habe Stadtrat Grob Sorge, dass die Evaluationsrhythmen von zwei Jahren zu weit auseinander liegen und man zum steuern und nachjustieren zu wenig Zeit habe. Insofern stellt er den Antrag, die Evaluationsschritte halbjährlich durchzuführen.

Da das Thema wohlwollend in der Zielsetzung in der Stadtratssitzung auf den Weg gebracht werden solle, schlägt Stadträtin Mayr vor, dies heute wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen und im Stadtrat zu diskutieren.

Ein bisschen müsse heute schon darüber gesprochen werden, so Stadtrat Köstler. Das Konzept finde er sehr gut. Er verweist auf einen Ergänzungsantrag den die ödp-Stadtratsgruppe zum Thema Schwammintelligenz und Bürgerbeteiligung stellen werde. Fraglich sei wie man noch gute Ideen zum Thema Klimaschutz bekommen. Dabei verweist er auf das Programm Lastenförderung, welche schon lange ausgelaufen sei. So etwas könne seines Erachtens schnell wieder aktiviert werden. Genauso auch, wie man den Erfolg transportiere. Dabei verweist er auf permanente Zähler an den Vorrangrouten und wie stark die Bürger beim Thema Klimaschutz schon beteiligt seien. Weiter verweist er auf noch viele offene Anträge zu diesem Thema, die noch nicht berücksichtigt seien. Die Themen Bahnausbau, Massenverkehrsmittel, Sonderangebot des ÖPNV-Tickets. All dazu fehlen noch Informationen. Auch die Windenergienutzung müsse hier mit einbezogen werden. Hinsichtlich der Kosten sei es klar, dass das Geld das heute ausgegeben werde nicht in 15 Jahren für das Thema Folgen des Klimawandels ausgegeben werde. Das Geld das heute ausgegeben werde sei auch für die Wirtschaftsförderung. Ingolstadt sei nicht vorne mit diesem Thema. Es müsse ganz genau transportiert werden, wie man hier die verschiedenen Schritte mache. Zur Erfolgsmessung merkt er an, dass der Rhythmus von zwei Jahren zu wenig sei. Es stelle sich allerdings immer die Frage, welchen Erfolg man messen und was überhaupt dargestellt werden könne. Wichtig sei den Bürgern aufzuzeigen, was die Stadt täglich dafür umsetzte, um das Thema voranzutreiben.

Stadträtin Bulling-Schröter spricht sich für das gute Konzept aus. Sei zeigt sich erfreut, dass sich die Mehrheit des Stadtrates für das Jahr 2035 ausgesprochen habe. Weiter verweist sie auf den Antrag im Hinblick auf die Evaluierung. Dieser könne verschieden betrachtet werden. Weiter verweist sie auf die Diskussionen einiger Parteien über Straßen. Hier müsse nun endlich Schluss sein. Es müsse überall an der Schraube gedreht und konsequent zu den gefassten Beschlüssen gestanden werden. Man müsse schauen dies alles sozial abzufedern und gute Beispiele zu schaffen. Weiter verweist sie auf die Schulen, welche mit Anpflanzungen durch die Jugend und Kindern als gutes Beispiel vorangehen. Deswegen müsse bei allen Projekten über den Klimaschutz gesprochen werden. Insofern wünsche sich Stadträtin Bulling-Schröter einen Klima Rat welcher ein verbindliches Vetorecht habe und mit einem Budget ausgestattet werde. Es stehe außer Frage, dass dies hart klinge, aber um eine Ernsthaftigkeit zu erreichen und Veränderungen vorzunehmen, werde dieses Instrument benötigt.

Ein verbindliches Votum des Klima Rats sei aus kommunalrechtlichen Gründen nicht möglich, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Er stimmt seiner Vorrednerin zu. Ihre Aussage im Hinblick auf den Straßenbau sei schon richtig. Oberbürgermeister sehe das Ganze eher skeptisch, wenn es dann letztendlich zum Schwur komme, wie ernst das Thema Klimaschutz genommen werde.

Nach Worten von Stadtrat Witty sei heute nicht der Tag über Einzelmaßnahmen zu diskutieren. Sondern der Tag, dass der Stadtrat der Verwaltung den Rücken stärke und diese schnellstmöglich mit den Beschlussvorlagen diesen demnächst konfrontiere. Danach erfolgen erst die Debatten der Einzelmaßnahmen. Sein Wunsch sei mit diesem Beschluss der Verwaltung ein eindeutiges Zeichen zu geben.

Aber die Diskussion müsse trotzdem erlaubt sein, so Stadtrat Schäuble. Er wolle die Einzelmaßnahmen gar nicht aufgreifen. Es gehe vielmehr um die Frage um welches Konzept es sich handelt. Ob dieses realistisch und ernst zu nehmen sei. Weiter verweist er auf den Änderungsantrag seiner Gruppe die Klimaneutralität ab 2040 zu erreichen. Hier müsse die Realität an den Zielen betrachtet werden. Es sei klar, dass es Zielkonflikte gebe. Dies sei auch ein großes Thema der Nachhaltigkeitsagenda. Ein großer Anteil der Steuereinnahmen erfolgt durch die individuelle Mobilität. Dies zu negieren mache wenig Sinn. Natürlich sei ein Zielkonflikt mit der Neutralität was die Ressourcen angehe. Worüber man aber sprechen müsse sei, an welcher Stelle am meisten CO², mit den geringsten Kosten eingespart werden könne. Es stehe außer Frage, über die Kosten zu sprechen, denn es könne kein Beschluss ohne eine genaue Kostenbetrachtung gefasst werden. Das Geld könne sinnvoll in den Klimaschutz investiert werden. Aber die höchste Wirksamkeit müsse auch priorisiert werden. Nach Worten von Stadtrat Schäuble müsse man weggehen von dem kleinen „wünsch dir was“ und hingehen zu „Zahlen, Daten, Fakten“ im Klimaschutz. Stadtrat Schäuble fehle bei dem Entwurf die Priorisierung. Was am meisten, für am wenigsten Geld bringe. Dabei verweist er auf Sanierungen und die Nutzung der vorhandenen Ressourcen. Hier sehe er deutlichen Nachholbedarf. Stadtrat Schäuble teile das Ziel der Klimaneutralität, aber es müsse mit mehr Fakten gearbeitet werden. Es bedürfe am Ende einer Priorisierung von Maßnahmen welche nach Effektivität und Effizienz bewertet werden.

Zum Thema Zielkonflikt stelle sich die Frage, welche Faktoren hier einfließen, so Stadtrat Köstler. Hier seien CO² Einsparungen und der Kostennutzeneffekt genannt worden. Die Frage sei wie viel Zeit man noch habe. Zu sagen eine Maßnahme müsse unbedingt den optimalen Kostennutzenfaktor haben, sei nur dann sinnvoll, wenn man auch die Zeit dafür habe.

Bürgermeisterin Kleine weist darauf hin, dass der Antrag im Planungsausschuss zurück in die Fraktionen verwiesen worden sei um konkrete Fragen im Stadtrat beantworten zu können. Die Realität und das Klimaziel abbilden, mit Daten, Fakten und Zahlen, sei in dem vorliegenden Werk mit 200 Seiten getan, aber nicht die Zahlen, die hier angefordert wurden. An Stadtrat Schäuble gewandt gebe es wohl keinen Klimaschutzfahrplan für eine ganze Stadt, welcher so eine verbindliche Roadmap abbilde. Bürgermeisterin Kleine verweist auf das letzte halbe Jahr und die stetigen Veränderungen im Hinblick auf die Klimaziele. Ziel sei es möglichst schnell energieautark zu werden. Sie betont, dass hier eine ganze Stadt mit allen Haushalten und Unternehmen klimaneutral werden wolle. Es gebe eine aktuelle bundesweite Evaluierung von Städten, welche Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt haben. Das Umweltbundesamt habe im April einen Bericht vorgestellt, indem die effektivsten Maßnahmen dargestellt worden seien. Hier habe man geprüft in welchem Sektor diese liegen und wie wirkungsvoll seien. Danach habe man sich die Frage gestellt, wie hoch der Einfluss einer Kommune auf die verschiedenen Sektoren der Klimaziele abziele. Es sei tatsächlich so, dass der Einfluss, den eine Stadtverwaltung etwa bei 20 Prozent liege. 20 Prozent der Maßnahmen, welche für das Klimaziel notwendig seien, kann die Kommune direkt beeinflussen oder umsetzen. 80 Prozent müssen im Grunde von der Bevölkerung und der Wirtschaft erbracht werden. Durch gezielte Unterstützung dieser 80 Prozent werde aktiviert, gefördert und die Bewusstseinsbildung gestärkt. Wenn wir diese Aufgaben annehmen, dann könnte für eine ganze Stadt das Klimaschutzziel erreicht werden. Bei einer Produktentwicklung und einer betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung könne das ganz anders betrachtet werden. Hier werde eine gut eingrenzbar Realität abgebildet. Klimaschutz-Maßnahmen müssen eine nach der anderen vorangetrieben werden. Einflussbereiche der Kommune sind beispielsweise der eigene Verbrauch und Vorbildfunktion, indem Elektro- und Wasserstofffahrzeuge für die Verwaltung bis 2030 eingesetzt werden. Weiter verweist Bürgermeisterin Kleine auf den Fahrplan zur treibhausgasneutralen Verwaltung bis 2030, zu dem im Herbst dieses Jahres die THG-Bilanz vorgestellt werde. Das erste Beratungspaket für Haushalte betreffe die Energiekarawane, für Haushalte und Wirtschaft die Klima- und Energieagentur. Danach werde man sukzessive in den verschiedenen Bereichen unterwegs sein. Weiter weist Bürgermeisterin Kleine darauf hin, dass die Transparenz mit der Klimaneutralitätseinschätzung und dem Klima-Check künftig bei allen Stadtratsentscheidungen erfolge. Zur halbjährlichen Evaluierung merkt sie an, dass dies bedeute halbjährlich den Datenstand neu herzustellen. Bürgermeisterin Kleine schlägt einen halbjährlichen Sachstandsbericht vor. Die angesprochenen Anträge seitens Stadtrat Köstler habe sie nicht gefunden. Sie weist aber darauf hin, dass bei einigen Anträgen die Zuständigkeit bei den Beteiligungen liege. Beim ÖPNV sei man im Hinblick auf das Verdoppelungsziel bis hin zum Modal Split auf einem guten Weg. Für einzelne Maßnahmen können Informationen erfolgen. Die gestellten Fragen und Anregungen werden in die weitere Bearbeitung mit einbezogen. Zur Agrar-Photovoltaik verweist sie auf ein Treffen mit Landwirten in der nächsten Woche. Die effektivste Maßnahme in der Energiewende seien Sanierungen des bestands, so Bürgermeisterin Kleine. Hier brauche aber auch die Bürger genügend Info wie sie ihre Häuser sanieren können. Weiter informiert sie zu den Änderungen zum KfW-Standard.

Der Antrag wird zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.